

G7: “Gerecht geht anders” – Großdemo in Münchner Innenstadt

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022



[Presse-Info]

München, 25. Juni 2022. Mit einer Großdemonstration durch die Münchner Innenstadt appelliert ein Bündnis aus 15 zivilgesellschaftlichen Organisationen heute an die Teilnehmer:innen des anstehenden G7-Gipfels auf Schloss Elmau (26.-28.6.). Die Organisationen sprechen sich gemeinsam dafür aus, dass die G7-Staaten entschieden gegen die Klimakrise und das Artensterben vorgehen und Hunger, Armut sowie Ungleichheit bekämpfen. Die G7-Staaten müssen in diesem Zusammenhang auch Konsequenzen aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine ziehen und die Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle stoppen. Die Demonstration beginnt gegen 12 Uhr auf der südlichen Theresienwiese mit einer Auftaktkundgebung.

Ablauf der Demonstration:

– 12:00 Uhr Auftaktkundgebung an der südlichen Theresienwiese
(<https://www.openstreetmap.org/?mlat=48.1287&mlon=11.5468#map=>

[16/48.1287/11.5468](#))

Eröffnung der Anfangskundgebung mit Rede- und Musikbeiträgen

– ca. 13:00 Uhr Start Demo durch die Innenstadt

Route: Theresienwiese – Poccistraße – Lindwurmstraße – Herzog-Heinrich-Straße – Kaiser-Ludwig-Platz – Herzog-Heinrich-Straße – Paul-Heyse-Straße – Schwanthalerstraße – Sonnenstraße – **Sendlinger-Tor-Platz – Lindwurmstraße – Poccistraße – Theresienwiese**

– ca. 14:30 Uhr Abschlusskundgebung

mit Rede- und Musikbeiträgen

– ca. 16 Uhr voraussichtliches Ende

An der rechten Seite der Bühne (Blickrichtung: auf Bühne) wird es einen Pressecounter geben, an dem Sie sich für O-Töne, Fotos sowie weitergehende Informationen akkreditieren können. Zudem wird es vor Ort ein Podium für Fotomöglichkeiten geben.

Stimmen der Bündnispartner:innen, auch als Audiodateien, finden Sie hier: www.g7-demo.de/presse. Die ausführlichen Programmpunkte der Demonstration sind auf der nächsten Seite aufgeführt.

Die Großdemonstration in München reiht sich ein in die vielfältigen Proteste rund um den G7-Gipfel im Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen. Dort empfängt die Bundesregierung vom 26. – 28. Juni Staats- und Regierungschefs großer Industriestaaten zum G7-Gipfel.

Trägerorganisationen

Aktion gegen den Hunger, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Attac, Brot für die Welt, BUND für Umwelt- und Naturschutz, BUND Naturschutz in Bayern, Campact, Greenpeace, IG Nachbau, MISEREOR, Naturschutzbund Deutschland, NaturFreunde Deutschlands, Oxfam Deutschland, Welthungerhilfe und WWF Deutschland.

Hashtags:

#G7 #GerechtGehtAnders

Mehr Informationen:

www.g7-demo.de

presse@g7-demo.de

Programm

Auftaktkundgebung

(Wir behalten uns kurzfristige Änderungen vor)

12:00 Uhr Beginn Auftaktkundgebung

12:10 Uhr Reden der Jugendverbände der Trägerkreis-Organisationen:

Fiona & Kilian (Greenpeace Jugend), Beccy (BN Jugend), Ilayda (WWF Jugend),

Luca (NaJu Bayern)

12:20 Uhr Rede von Viviane Raddatz (WWF)

12:25 Uhr Rede von Africa Kiiza (SEATINI Uganda; Brot für die Welt)

12:30 Uhr Live Musik von Jessica Onuigwe & Band

12:40 Uhr Rede von Lisa Göldner (Greenpeace)

12:45 Uhr Elena Cadeggianini & Soja-Nemo Heißerer (AG Klima der Plattform Stop G7 Elmau)

12:50 Uhr Rede von Esteban Servat (Debt For Climate)

12:55 Uhr Rede von Christoph Bautz (Campact)

Abschlusskundgebung

14:30 Uhr Act (Big Heads) und Rede von Charlotte Becker (Oxfam)

14:35 Uhr Rede von Martin Geilhufe (BUND Naturschutz in Bayern)

14:40 Uhr Rede von Emilia Reyes (Directora de Políticas y Presupuestos para la

Igualdad y el Desarrollo Sustentable bei Equidad, Mexico)

14:45 Uhr Rede von Uwe Hixsch (NaturFreunde Deutschlands)

14:50 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

14:55 Uhr Rede von Bettina Cruz (CNI-Congreso nacional indigena, Mexico)

15:00 Uhr Rede von Rosi Reindl (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)

15:05 Uhr Rede von Evelyn Acham (Klimagerechtigkeitsaktivistin, Uganda; RiseUp)

15:10 Uhr Musik: Cosmic Surprise Union (CSU)

15:15 Uhr Rede von Lisa Poettinger (Klimagerechtigkeitsaktivistin, München)

15:20 Uhr Rede von Judith Amler (Attac Deutschland)

15:25 Uhr Rede von Ina-Maria Schikongo (Klimagerechtigkeitsaktivistin, Namibia)

15:30 Uhr Live-Musik & Performance von Edite Domingos

15:40 Uhr Rede von Michaela Amira (AG Krieg & Frieden der Plattform Stop G7 Elmau)

15:45 Uhr Rede Sierra Leone Refugee Camp (1 Jahr Dauerkundgebung, München)

15:50 Uhr Einladung von Brigitte Ziegler zur 3. Weltfrauenkonferenz in Tunesien

15:55 Uhr Abschluss von Uwe Hicksch (NaturFreunde Deutschlands)

Kontakt zu den Sanitäter:innen: 0 15 15 157 96 34

Pressekontakte:

Allgemeine Anfragen: presse@g7-demo.de

Aktion gegen den Hunger Vassilios Saroglou,
presse@aktiongegendenhunger.de,
030 279 099 776

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Charlotte Gengenbach,
gengenbach@abl-ev.de, 0152 088 537 60

Attac Roland Süß, suess@attac.de, 0175 272 5893

Brot für die Welt Thomas Beckmann, thomas.beckmann@brot-fuer-die-welt.de,
0174 181 0175

BUND Clara Billen, clara.billen@bund.net, 030 275 864 64

BUND Naturschutz in Bayern Florian Kaiser,
florian.kaiser@bund-naturschutz.de,
0175 363 52 51

Campact Iris Karolin Rath, presse@campact.de, 0151 221 254 20

Greenpeace Tina Loeffelbein, tina.loeffelbein@greenpeace.org,
0151 167 209 15

MISEREOR Barbara Wiegard, barbara.wiegard@misereor.de, 030 443
519 88

NABU Katrin Jetzlsperger, presse@nabu.de, 030 284 984 1534

NaturFreunde Deutschlands Uwe Hicksch, hicksch@naturfreunde.de,
0176 620 159 02

Oxfam Deutschland Steffen Küßner, skuessner@oxfam.de, 030 453
069 710

Welthungerhilfe Anne-Catrin Hummel,
AnneCatrin.Hummel@welthungerhilfe.de,
0172 2525962

WWF Deutschland Julian Philipp, presse@wwf.de, 030 311 777 472

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und
Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert,
um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im
Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund
4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.
Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Ungleichheit, Klimakrise, Hunger: Mehrheit sieht G7 in der Pflicht

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022



[PRESSE-INFO]

G7-Gipfel

Umfrage ergibt klare Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit, mehr Klimafinanzierung und Übergewinnsteuer

Berlin, 21. Juni 2022. Neun von zehn Menschen in Deutschland wünschen sich von den G7-Staaten konkrete Maßnahmen zur Eindämmung von Armut, Hunger und Ungleichheit. Das geht aus

einer repräsentativen Umfrage hervor, die das Meinungsforschungsinstitut Kantar im Auftrag der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam erstellt hat. Kurz vor dem G7-Gipfel in Elmau und der Großdemonstration „Klimakrise, Artensterben, Ungleichheit – gerecht geht anders!“ in München gibt die Umfrage der deutschen G7-Präsidentschaft einen klaren Aufgabenzettel mit.

In der Umfrage wurde die Zustimmung zu Aussagen aus drei Themenblöcken abgefragt:

- Beim Thema **„Entwicklungszusammenarbeit und Unterstützung für einkommensschwache Länder“** stimmten **84 Prozent** der Befragten der Aussage zu, die G7-Staaten sollten sich zur Einhaltung ihres Versprechens bekennen, 0,7 Prozent ihres Nationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Die Aussage, die G7-Staaten sollten mehr dafür tun, Gesundheitssysteme in einkommensschwachen Ländern zu stärken, traf bei 85 Prozent der Befragten auf Zustimmung, die Aussage, die G7-Staaten sollten mehr für die soziale Absicherung von Menschen in einkommensschwachen Ländern tun, auf **72 Prozent**. Und die Forderung nach Schuldenerleichterungen für besonders von den derzeitigen Krisen betroffene einkommensschwache Länder unterstützten mit **70 Prozent** mehr als zwei Drittel der Befragten.
- Auch steuerliche Maßnahmen gegen **soziale Ungleichheit** werden von einer breiten Mehrheit unterstützt: **85 Prozent** der Befragten schlossen sich der Forderung an, Konzerne und sehr vermögende Einzelpersonen sollten stärker zum Allgemeinwohl beitragen. Drei Viertel der Befragten (**76 Prozent**) drückten Unterstützung für eine Übergewinnsteuer aus, indem sie der Aussage zustimmten, Unternehmen, die in der gegenwärtigen Krise übermäßige Gewinne machen, sollten zusätzlich besteuert werden.
- Klare Mehrheiten gibt es auch beim Thema **Bewältigung der Klimakrise**: **85 Prozent** der Befragten stimmen der Aussage

zu, alle Länder sollten in dem Maße zum Klimaschutz beitragen, wie sie zur Klimakrise beigetragen haben. Die Hauptlast liegt dann bei den G7-Staaten. Dass die G7-Staaten einkommensschwache Länder bei der Bewältigung der Klimakrise stärker als bisher finanziell unterstützen sollen, fordern **72 Prozent**.

Tobias Hauschild, Leiter Soziale Gerechtigkeit bei Oxfam Deutschland, kommentiert: „Die Befragten erkennen die Dimension und die Dringlichkeit der aktuellen Probleme offenbar besser als die Regierungen der G7-Staaten. Für die Staats- und Regierungschefs sollten diese Ergebnisse ein Weckruf sein. Bei dem G7-Gipfel in Elmau muss mehr herauskommen als ein Kuhhandel und faule Kompromisse auf Kosten einkommensschwacher Länder und künftiger Generationen. Es ist Zeit für echten politischen Wandel. Die Umfrage zeigt, dass die notwendigen Maßnahmen auf breite Zustimmung stoßen.“

Redaktioneller Hinweis:

Für die Umfrage hat Kantar am 13. und 14. Juni 2022 insgesamt 1011 Personen befragt. Ergebnisse und soziodemographische Aufschlüsselungen stehen zum Download bereit unter <https://oxfam.box.com/s/w8ynf1124662m0gvyiobm6cns3vf4r6e>, Password **oxfam_2022**

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, mobil 0177-7375288, E-Mail: nlink@oxfam.de, Twitter: @OxfamPresse

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 21 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 4.100 lokalen Partnern in 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Vor G7-Gipfel: foodwatch fordert strenge Regulierung der Agrarspekulation – Kanzler Scholz muss Thema auf die Agenda setzen!

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022



Pressemitteilung

Berlin, 21. Juni 2022. Vor dem G7-Gipfel in Deutschland hat foodwatch Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, das Thema Agrarspekulation auf die Agenda des Treffens zu setzen. Die Staats- und Regierungschefs müssten sich endlich auf gemeinsame Regeln einigen, um die Wetten an den Rohstoffbörsen stärker einzudämmen. Die exzessiven Spekulationsgeschäfte würden die aktuellen Preisanstiege etwa für Getreide zusätzlich befeuern, so foodwatch. Menschen in ärmeren Ländern seien dadurch von Hunger bedroht.

„Olaf Scholz muss das Thema Agrarspekulation auf die Agenda

des G7-Gipfels setzen! Seit dem Angriff auf die Ukraine wächst die Spekulation mit Nahrungsmitteln dramatisch – und das treibt die steigenden Lebensmittelpreise auf fatale Weise zusätzlich in die Höhe. Während Investoren an der Börse mit Wetten auf Mais und Weizen das schnelle Geld machen, können sich Menschen in Ländern wie Nigeria oder dem Libanon kein Brot mehr leisten. Die G7 müssen der Zockerei auf Kosten der Ärmsten endlich einen Riegel vorschieben“, sagte foodwatch-Geschäftsführer Chris Methmann.

Die Verbraucherorganisation startete unter www.foodwatch.org/de/mitmachen/brot-statt-profit-stoppt-das-geschaeft-mit-dem-hunger/ eine Online-Protestaktion, die bereits knapp 30.000 Menschen unterzeichnet haben. Die Forderung: Die G7 müssen strenge Obergrenzen für Spekulationsgeschäfte, sogenannte „Positionslimits“, einführen, die festlegen, wie viele solche Finanzwetten Anleger überhaupt abschließen dürfen. Die bisher geltenden Obergrenzen, etwa in der EU, seien viel zu lax, um die Spekulation wirksam zu begrenzen, kritisierte foodwatch.

Ein gewisses Maß an Agrarspekulation sei zwar durchaus wichtig, damit sich zum Beispiel Landwirt:innen und Agrarfirmen gegen schwankende Preise absichern könnten, betonte foodwatch. Mittlerweile hätten sich die Finanzwetten aber längst von dieser ursprünglichen Funktion abgekoppelt. Das Volumen der Spekulationsgeschäfte an den Rohstoffbörsen ist seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges sprunghaft angewachsen, wie das Recherchenetzwerk Lighthouse kürzlich am Beispiel zweier großer Investment-Fonds vorgerechnet hat: Im gesamten Jahr 2021 hatten die Fonds lediglich knapp zweihundert Millionen Dollar investiert – in den ersten vier Monaten dieses Jahres allein schon das Sechsfache.

Die Lebensmittelpreise sind in den letzten Wochen weltweit massiv gestiegen. Laut den Vereinten Nationen liegen die Preise um 34 Prozent höher als vor einem Jahr und haben den höchsten Stand seit 1990 erreicht. Die Preise steigen aus zwei

Gründen: Zum einen fürchten Unternehmen und Händler aufgrund des russischen Angriffskriegs ein verknapptes Angebot von Weizen, Pflanzenölen und Phosphat-Dünger aus der Schwarzmeer-Region sowie von Erdöl und Erdgas aus Russland. Zum anderen befeuerten Finanzwetten auf steigende Rohstoffpreise die Preise zusätzlich, kritisierte foodwatch.

Auch die Vereinten Nationen warnen aktuell vor den Folgen der Finanzwetten. Das „World Food Programme“ der UN benötigt zum Beispiel nach eigenen Angaben etwa 50 Prozent mehr Mittel als 2019.

foodwatch hatte in dem Report „Die Hungermacher“ bereits 2011 ausgiebige Recherchen zur Agrarspekulation veröffentlicht und eine wirksame Regulierung der Geschäfte gefordert.

Link:

foodwatch-Petition gegen exzessive Agrarspekulation:
<https://www.foodwatch.org/de/mitmachen/brot-statt-profit-stoppt-das-geschaefft-mit-dem-hunger/>

Quellen und weiterführende Informationen:

- [„The Hunger Profiteers“: Aktueller Report von Lighthouse](#)
- [IPES-Report zur Agrarspekulation](#)
- [„Hunger als Investment“: Spiegel Online zur aktuellen Krise](#)
- [UNO warnt vor Folgen der Agrarspekulation](#)
- [UN World Food Programme](#)
- [foodwatch-Report „Die Hungermacher“](#)

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Mobil: +49 (0)174 / 3 75 16 89

Klimawandel treibt Menschen in die Flucht – Oxfam-Bericht: Risiko in armen Ländern fünfmal höher als in reichen

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022
[Presse-Info]

Berlin, 2. November 2017. Menschen in ärmeren Ländern tragen ein fünffach höheres Risiko, wegen extremen Unwettern, Stürmen oder Überschwemmungen zur plötzlichen Flucht gezwungen zu werden als Menschen in den reichen Ländern. Das geht aus dem Bericht „Uprooted by Climate Change“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam im Vorfeld der Bonner Weltklimakonferenz COP23 vorgestellt hat. Oxfam fordert von den Regierungen, ihre Klimaschutzbemühungen auszuweiten, aus den fossilen Energien auszusteigen und ärmere Länder stärker bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Oxfams Datenanalyse für die Jahre 2008-2016 zeigt, dass in den ärmeren Ländern im Durchschnitt pro Jahr 14 Millionen Menschen (0,42 Prozent der Bevölkerung) ihre Wohnorte fluchtartig verlassen mussten, um Schutz vor Unwetterkatastrophen zu suchen – verglichen mit knapp einer Million Menschen in den reichen Ländern (0,08 Prozent der Bevölkerung). 2016 zwangen plötzlich auftretende Unwetter insgesamt 23,5 Millionen Menschen in die Flucht. Menschen, die wegen längerfristig entwickelnden Extremwetterlagen, etwa infolge schwerer Dürren, ihre Wohnorte aufgeben mussten, sind dabei noch nicht

berücksichtigt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2017 betraf dies nach Oxfam-Schätzungen mindestens 1,9 Millionen Menschen.

Fidschi: Nach Zyklon Winston 55.000 Menschen obdachlos

Der Report "Uprooted by Climate Change" schildert, wie Menschen der drohenden Vertreibung durch den Klimawandel begegnen – so auch im Pazifikstaat Fidschi, der den Vorsitz der am 6. November beginnenden UN-Weltklimakonferenz innehat. Dort waren wegen des Zyklons Winston rund 55000 Einwohner/innen obdachlos geworden; die ökonomischen Schäden summierten sich auf ein Fünftel der Wirtschaftsleistung des Landes. Auch im Inselstaat Kiribati zieht die Regierung Umsiedelungen in Betracht – als letzte Möglichkeit, denn trotz steigender Ozeane und heftigerer Stürme möchten die Menschen in ihrer Heimat bleiben:

„Ich hoffe für unser Land, dass die Verhältnisse so bleiben wie sie sind und dass wir hierbleiben können, in dem Land, mit dem wir vertraut sind und wo unsere Vorfahren begraben sind“, sagt Claire Anterea, Umweltaktivistin des Climate Action Network von Kiribati.

Oxfam betont, dass Unwetter zwar nicht per se auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Vielerorts wird aber ihr Auftreten infolge des menschengemachten Klimawandels wahrscheinlicher und heftiger. Der steigende Meeresspiegel erodiert flache Küstenstreifen und bedroht die kleinen Inselstaaten, Dürren lassen die Pflanzen vertrocknen, sintflutartige Regenfälle schwemmen die Ernte von den Feldern.

Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam: „Der Klimawandel verschärft Hunger und Armut und zwingt mehr und mehr Menschen zur fluchtartigen Aufgabe ihrer Heimat. Dabei tragen die Betroffenen zum Klimawandel so gut wie gar nichts bei, stehen aber nach Katastrophen nicht selten vor dem Ruin.“

Deutsche Kohlekraftwerke zerstören Lebensgrundlagen in armen

Ländern

Mit Blick auf die laufenden Sonderungsgespräche zur Bildung einer Jamaika-Koalition für eine neue Bundesregierung ergänzt Jan Kowalzig: „Eine Obergrenze für Flüchtlinge zu fordern, ist ohnehin ein Akt wider die Menschenwürde und verhöhnt die Werte unserer Gesellschaft. Solch eine Forderung wird noch um ein vielfaches zynischer, solange Deutschland mit seinen Kohlekraftwerken den Klimawandel weiter anheizt und dadurch die Lebensgrundlagen der Menschen in den armen Ländern zerstört.“

Von den Regierungen fordert Oxfam deutlich mehr Ehrgeiz im Klimaschutz und insbesondere eine Abkehr von den fossilen Energien. Gerade die reichen Länder müssen die ärmeren Länder deutlich stärker als bisher bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen und für Zerstörungen infolge des Klimawandels aufkommen. Zudem muss der Schutz für Menschen auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels international abgesichert werden, etwa im Global Compact zu Flucht und Migration, der nächstes Jahr beschlossen werden soll.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Geberkonferenz in Oslo – Sieben Millionen Menschenleben in Zentralafrika bedroht

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022

Oxfam und Norwegischer Flüchtlingsrat appellieren an Geberländer, ihre Hilfszusagen massiv aufzustocken

Berlin, 23.02.2017. Ohne eine deutliche Aufstockung der humanitären Hilfe bedrohen Hunger und Mangelernährung das Leben von über sieben Millionen Menschen in Zentral- und Westafrika. Davor warnen Oxfam und der Norwegische Flüchtlingsrat im Vorfeld einer Geberkonferenz, die am 24. Februar in Oslo stattfindet. Die Organisationen fordern von Geberländern deutlich mehr Finanzmittel für Nothilfe-Maßnahmen in der Tschadsee-Region.

Ausrichter der Konferenz sind Norwegen, Deutschland, Nigeria und die Vereinten Nationen. Sie veranschlagen eine Summe von 1,5 Milliarden US-Dollar, um die Hungerkrise in den Griff zu bekommen. Im vergangenen Jahr war der entsprechende Hilfsaufruf der Vereinten Nationen mit nur 52 Prozent stark unterfinanziert.

Marion Lieser, Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, die an der Regierungskonferenz in Oslo und am Forum der Zivilgesellschaft am Tag vorher teilnimmt, **erklärt dazu:** „Die Gefahr einer Hungersnot ist im Nordosten Nigerias ganz real. Nach Jahren der Gewalt sind Millionen Menschen am Ende ihrer Kräfte. Sie können keine Nahrungsmittel anbauen oder kaufen, sind von humanitärer Hilfe abgeschnitten. Viele sind bereits

gestorben.“

„Humanitäre Hilfe konnte die Lebenssituation vieler Menschen verbessern. Doch ohne zusätzliche Finanzmittel und den dringend nötigen Zugang zu Gebieten, in denen Menschen von Hilfslieferungen abgeschnitten sind, werden Hunger und Mangelernährung zunehmen, was viele Menschen das Leben kosten wird.“

Elf Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen

Ursprung der Krise ist der Konflikt zwischen nigerianischem Staat und der islamistischen Gruppierung Boko Haram. Dieser hat sich in den vergangenen vier Jahren intensiviert und nach Niger, Tschad und Kamerun ausgebreitet. Über 2,6 Millionen Menschen, davon 1,5 Millionen Kinder, sind auf der Flucht, und fast elf Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. In Borno, einem Bundesstaat im Nordosten Nigerias, könnten bis zu 400.000 Menschen Hunger leiden.

Zwar haben die nigerianischen Regierungstruppen Gebiete von Boko Haram zurückerobert, die fragile Sicherheitslage und anhaltende Gewalt in diesen Gebieten behindern Oxfam und andere Hilfsorganisationen jedoch dabei, die notleidenden Menschen zu erreichen. Einige Gebiete sind wegen andauernder Kämpfe oder weil sie von Boko Haram kontrolliert werden noch immer völlig unzugänglich für humanitäre Organisationen.

Menschenrechtsverletzungen halten an

Viele Menschen sind weiterhin Menschenrechtsverletzungen und Bedrohungen ausgesetzt, darunter sexuelle Gewalt, Entführungen, Folter, Mord, Zwangsrekrutierungen und willkürliche Verhaftungen. Im Nordosten Nigerias ist Schätzungen zufolge jede dritte Frau von sexueller Gewalt betroffen.

Militärische und politische Ziele beim Kampf gegen Boko Haram dominieren gegenüber humanitären Zielen. Es hat zu lange

gedauert, bis Regierungen, Hilfsorganisationen und Geberländer auf die Krise reagiert haben. Inzwischen ist aber eine große Nothilfeoperation im Gange, durch die viele Menschenleben gerettet werden konnten.

Weiterführende Informationen:

- Die Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland, Marion Lieser, nimmt am Freitag (24.2.) an der Regierungskonferenz in Oslo sowie am Donnerstag (23.2.) am Forum der Zivilgesellschaft teil. Informationen zur Regierungskonferenz unter <http://oslohumanitarianconference2017.org>

Interviewanfragen bitte an: Steffen Küßner, 030-453069-710, 0177-8809977, skuessner@oxfam.de

- Am Tag vor der Regierungskonferenz findet ein Forum der Zivilgesellschaft statt. Mehr Informationen unter <http://www.oslohumanitariancivilsocietymeeting2017.org>

- Aus Anlass der Oslo-Konferenz haben **mehrere internationale Hilfsorganisationen** in der vergangenen Woche eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht, „Seven Steps to Saving Lives and Assisting People in Nigeria and Lake Chad Basin“. Themen sind: humanitärer Schutz und Zugang zur Zivilbevölkerung; dringender Handlungsbedarf speziell in den Bereichen Ernährungssicherung und Bildung; Koordinierung der Nothilfe vor Ort; Minimalstandards für die Rückkehr von Binnenvertriebenen und Stärkung der lokalen Widerstandsfähigkeit. <http://www.oslohumanitariancivilsocietymeeting2017.org/programcivil.cfm>

Pressekontakt:

Steffen Küßner, Tel.: 030-45 30 69 710, E-Mail: skuessner@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im

Oxfam-Verbund 19 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

Das UN World Food Programme eröffnet Innovation Accelerator um neue Lösungen gegen Hunger zu entwickeln

geschrieben von Andreas | 25. Juni 2022
WFP-Pressemitteilung

11. Juli 2016

MÜNCHEN – Das UN World Food Programme (WFP) hat heute mit der Eröffnung seines Innovation Accelerators einen weiteren wichtigen Schritt getan, um die Entwicklung von innovativen Lösungsansätzen für eine Welt ohne Hunger zu beschleunigen. Der Accelerator – ein Instrument der Start-up-Szene – soll kreative neue Werkzeuge identifizieren und fördern, um effektiver in humanitären Krisen zu helfen und die Nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 zu erreichen.

Am Standort München bringt der Accelerator WFP-Mitarbeiter mit Experten und Unternehmern der Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft aus aller Welt zusammen, um Lösungsansätze

zu verfeinern, Prototypen zu entwickeln und zu testen und die Verbreitung von erfolgreichen Ideen zu beschleunigen. Diese Teams arbeiten für einen Zeitraum von drei bis sechs Monaten an ausgewählten Projekten, welche die humanitären Helfer des WFP selbst oder externe Ideengebern eingereicht haben.

„Jeden Tag arbeiten WFP und seine Partner dafür, dass die ärmsten und doch stärksten Menschen, die an den gefährdetsten Orten dieser Welt leben, lebensrettende Ernährungshilfe erhalten. Doch das ist nicht genug, um unser gemeinsames Ziel einer Welt ohne Hunger bis 2030 zu erreichen“, erklärte WFP-Exekutivdirektorin Ertharin Cousin.

„Wir müssen mutig neue Ideen und Lösungen suchen, um mehr Nahrungsmittel verfügbar und zugänglich zu machen und allen Menschen überall die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder zu ernähren. Wir müssen so eng wie noch nie zusammenarbeiten und uns die Vorteile neuer Technologien und die Revolution in der Analyse großer Datenmengen zu Nutze machen. So können wir die Art und Geschwindigkeit unserer Hilfe verändern – und die anhaltenden Herausforderungen überwinden, die Generationen in Hunger und Armut gefangen gehalten haben“, fügte Cousin hinzu.

Die Welt hat bereits große Fortschritte im Kampf gegen Hunger gemacht, die Zahl der Hungernden ist seit den 1990ern um 200 Millionen gesunken. Doch noch immer haben 795 Millionen Menschen nicht genug zu essen, um ein gesundes und aktives Leben zu führen. Der Innovation Accelerator ist ein wesentliches Mittel, um das zweite Nachhaltige Entwicklungsziel zu erreichen und Hunger bis 2030 zu beenden.

„Die Nachhaltigen Entwicklungsziele sind ambitioniert und verlangen, dass wir unsere derzeitigen Anstrengungen beschleunigen“, sagte Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Der Innovation Accelerator wird das immense Potential freisetzen, das deutsche Universitäten, Forschungsinstitute, die Privatwirtschaft und die Entwicklungsgemeinschaft zu bieten

haben. Deutschland ist derzeit der zweitgrößte Geber des WFP, und die Investition in Innovation wird den Wert unserer finanziellen Unterstützung weiter steigern.“

Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier fügte hinzu: „Deutschland unterstützt WFP allein in Syrien und der Region 2016 mit der Rekordsumme von 570 Millionen Euro. Aber Nothilfe allein reicht nicht aus.“

„Es wird weiter neue Wege brauchen, wenn wir erreichen wollen, dass auf unserem Planeten niemand mehr Hunger leiden muss. Dafür brauchen wir eine engere Verzahnung der humanitären Hilfe mit der Wirtschaft, der Forschung und der Zivilgesellschaft. Der Innovation Accelerator wird dazu beitragen, neue Technologien oder Geschäftsmodelle zum Wohle von Menschen in Not zu entwickeln“, sagte Steinmeier bei der offiziellen Eröffnung.

Der Innovation Accelerator wird großzügig vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Amt und dem Bayrischen Landesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unterstützt. Schon heute fördert der Accelerator zwölf innovative Projekte aus WFP's Hilfsprogrammen weltweit und wird dabei stark von Münchens Innovations- und Start-Up-Szene profitieren – aber auch dazu beitragen.

„Bayern ist stolz, den Aufbau eines WFP-Büros in München zu unterstützen. Durch enge Zusammenarbeit mit Unternehmen und Forschungsinstituten in Bayern können wir kluge und nachhaltige Lösungen für eine Welt ohne Hunger finden“, erklärte Helmut Brunner, Bayrischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Neben WFP-Exekutivdirektorin Cousin, Minister Müller, Minister Steinmeier und Staatsminister Brunner nahmen mehr als 200 geladene Gäste aus aller Welt an der Eröffnung teil, die durch enge Zusammenarbeit sowie kreative Anwendung von innovativen

Ansätzen und Technologien eine Welt ohne Hunger schaffen wollen. Zum Start des Accelerators stellten Projektteams und externe Start-Ups den Gästen ihre ambitionierten Ideen vor, um Hunger in der Welt zu beenden.

#

WFP ist die größte humanitäre Organisation und bekämpft den Hunger weltweit. In Krisensituationen und bei Naturkatastrophen leistet WFP rasche Nothilfe. WFP-Entwicklungsprogramme helfen zugleich die Ursachen des Hungers langfristig zu beseitigen. WFP unterstützt jährlich etwa 80 Millionen Menschen in rund 80 Ländern.

Folgen Sie uns auf Twitter @WFP_de | @WFPInnovation | Besuchen Sie unsere Webseite: www.wfp.org/de | www.innovation.wfp.org

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

(E-Mailadresse: vorname.nachname@wfp.org)

Maria Smentek, WFP/Berlin – in München, Tel. +40 172 345 7184

Frances Kennedy, WFP/Rom, Tel. +39 06 6513 3725, Tel. Mob. +34 67600806

Gregory Barrow, WFP/London, Tel. +44 20 72409001, Mob. +44 7968 008474

Gerald Bourke, WFP/New York, Tel. +1-646-5566909, Mob. +1-646 525 9982

Hinweis für Journalisten:

Hochauflösendes Bildmaterial können Sie hier herunterladen:
https://www.dropbox.com/sh/9867wez19i9m7y7/AAAxJb_CQiGZ2RauFdvZ0u82a?dl=0